

Beschlussempfehlung und Bericht

des Finanzausschusses

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 14/5600**

**Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2010/11
(Staatshaushaltsgesetz 2010/11 – StHG 2010/11)**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/5600 – in folgender Fassung zuzustimmen:

**„Gesetz
über die Feststellung
des Staatshaushaltsplans
von Baden-Württemberg für
die Haushaltsjahre 2010/11
(Staatshaushaltsgesetz 2010/11
– StHG 2010/11)**

§ 1

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Staatshaushaltsplan des Landes Baden-Württemberg wird in Einnahme und Ausgabe festgestellt:

- für das Haushaltsjahr 2010 auf 34.931.936.500 Euro,
- für das Haushaltsjahr 2011 auf 35.137.423.300 Euro.

§ 2

(1) Zur Erwirtschaftung der Effizienzrendite bei den im Zuge der Verwaltungsstrukturreform in die Regierungspräsidien oder andere Landesbehörden eingegliederten Behörden und Einrichtungen sowie beim Nichtvollzugsbereich der Landespolizei sind in den Jahren 2005 bis 2011 insgesamt 1.784,0 Stellen einzusparen. Davon entfallen auf Stellen des höheren Dienstes der in die Landratsämter eingegliederten Behörden 160,0 Stellen. Zusätzlich sind in den Ministerien selbst insgesamt weitere 250 Stellen abzubauen.

(2) Von dem Stellenabbauprogramm nach § 2 Abs. 1 StHG 2004 im Zusammenhang mit der Verlängerung der Wochenarbeitszeit für Beamte auf 41 Stunden entfallen auf 2010 266 Stellen. Auf Grund der tarifvertraglichen Verlängerung der Arbeitszeit für Arbeitnehmer des Landes auf 39,5 Stunden sind von 2005 bis 2011 weitere 619,0 Stellen einzusparen, davon 81,0 im Jahr 2010 und 86,5 im Jahr 2011.

(3) Von den im Staatshaushaltsplan in den Stellenplänen und Stellenübersichten ausgewiesenen Planstellen und anderen Stellen sowie bei den sog. Sachmittelstellen sind für die in Absatz 1 und Absatz 2 festgelegten Einsparmaßnahmen in den Jahren 2010 und 2011 in Abgang zu stellen:

| | Stellen 2010 | Stellen 2011 |
|--|-----------------|-----------------|
| Epl. 02 – Staatsministerium | 4,0 | 4,0 |
| Epl. 03 – Innenministerium | 431,0 | 164,5 |
| Epl. 04 – Kultusministerium | 16,0 | 17,0 |
| Epl. 05 – Justizministerium | 20,0 | 20,0 |
| Epl. 06 – Finanzministerium | 20,0 | 23,0 |
| Epl. 07 – Wirtschaftsministerium | 7,0 | 12,0 |
| Epl. 08 – Ministerium Ländlicher Raum | 36,0 | 37,5 |
| Epl. 09 – Minist. für Arbeit u. Soziales | 4,0 | 2,5 |
| Epl. 10 – Umweltministerium | 5,0 | 4,0 |
| Epl. 14 – Wissenschaftsministerium | 20,0 | 19,0 |
| Zusammen | 563,0 | 303,5 |

(4) Zusätzlich zu dem Stellenabbau nach Absatz 3 sind zur Einsparung der in Absatz 1 Satz 2 genannten Stellen von den im Staatshaushaltsplan in den Stellenplänen und Stellenübersichten ausgewiesenen Planstellen und anderen Stellen des höheren Dienstes der in den Landratsämtern eingegliederten Behörden auf der Grundlage der von den Landkreisen bisher vorgelegten Stelleneinsparplanungen in 2010 und 2011 in Abgang zu stellen:

| | Stellen 2010 | Stellen 2011 |
|--|-----------------|-----------------|
| Epl. 03 – Innenministerium | 1,0 | 1,0 |
| Epl. 08 – Ministerium Ländlicher Raum | 17,0 | 24,5 |
| Epl. 09 – Minist. für Arbeit u. Soziales | 1,0 | 0,5 |
| Epl. 10 – Umweltministerium | 4,0 | 7,0 |
| Zusammen | 23,0 | 33,0 |

Beim Vollzug dieses Stellenabbaus kann im Einvernehmen zwischen den betroffenen Ressorts und im Benehmen mit den jeweils betroffenen Landkreisen von der Verteilung auf die Ressort- und Fachbereiche abgewichen werden. Die Erbringung dieses Stellenabbaus insgesamt ist dabei zu gewährleisten. Über diese bereits festgelegten Stelleneinsparungen hinaus sind weitere 3,0 Stellen abzubauen, für die der Fachbereich noch festzulegen ist.

(5) Die 2010 wegfallenden Stellen sind ab 1. Januar 2010, die 2011 wegfallenden Stellen ab 1. Januar 2011 gesperrt. Sie sind in einem Nachtrag zum Staatshaushaltsplan 2010/11 oder im Staatshaushaltsplan 2012 in Abgang zu stellen, soweit sie nicht bereits im Staatshaushaltsplan 2010/11 in Abgang gestellt sind.

(6) Um den Abbau höherwertiger Stellen in den Verwaltungen zu forcieren, können Stellen des höheren Dienstes der Bes.Gr. A16 bis Bes.Gr. B2 mit dem Faktor 1,5, der Bes.Gr. B3 und B4 mit dem Faktor 2,0 und der Bes.Gr. B5 und höher mit dem Faktor 2,5 auf die Einsparkontingente angerechnet werden.

(7) Das Finanzministerium ist ermächtigt, auf Grund von durch Veränderungen der Geschäftsbereiche erfolgenden Stellenumsetzungen die Verteilung der Stelleneinsparauflagen auf die Ressorts nach Absatz 3 und 4 neu festzusetzen.

(8) Soweit die Zahl der jährlich in Abgang gestellten Stellen nicht ausreicht, um die Einsparquote des Einzelplans zu erfüllen, erhöht sich die Einsparquote des darauf folgenden Jahres entsprechend. Eine weitere Verlängerung ist nicht möglich. Für jede zu wenig gestrichene Stelle sind jährlich Sachmittel in Höhe von 41.000 Euro im Einzelplan einzusparen. Für Landesbetriebe nach § 26 der Landeshaushaltsordnung (LHO), die im Zuge der Verwaltungsstrukturreform eine Effizienzrendite zu erbringen haben, kann die Effizienzrendite an Stelle von Stelleneinsparungen durch dauerhafte Kürzung der Zuführungs-

rate um einen Betrag von 41.000 Euro je Stelle erwirtschaftet werden. Werden in einem Einzelplan über die Einsparquote hinaus Stellen gestrichen, erhält dieser Einzelplan für jede dieser zusätzlich eingesparten Stellen im folgenden Haushaltsjahr zusätzliche Sachmittel in Höhe von 41.000 Euro. Das Finanzministerium kann im Hinblick auf das Ausbauprogramm 2012 bei den Hochschulen Ausnahmen von Satz 2 zulassen. Für die Einsparungen nach Absatz 4 kann das Finanzministerium Ausnahmen von Satz 3 zulassen unter der Voraussetzung, dass die Einsparung der entsprechenden Stellen gewährleistet ist.

(9) Aus den einzusparenden Stellen können im Jahr 2010 bis zu 60 Stellen für einen Einstellungskorridor verwendet werden. Die so geschaffenen Stellen erhalten einen KW-Vermerk, der jeweils 3 Jahre nach Schaffung der Stelle zu vollziehen ist.

§ 3

(1) Die Besetzung von Planstellen mit teilzeitbeschäftigten planmäßigen Beamten und Richtern ist wie folgt zulässig:

1. Eine Planstelle darf auch mit zwei zu je 50 vom Hundert teilzeitbeschäftigten oder, soweit nach dem Landesbeamtengesetz zulässig, mit drei zu je mindestens 30 vom Hundert außerhalb § 153 e Abs. 2 LBG unterhältig teilzeitbeschäftigten Beamten oder Richtern besetzt werden. Bei unterhältiger Teilzeit darf die Gesamtarbeitszeit der drei Beamten oder Richter die regelmäßige Gesamtarbeitszeit von einem Beamten oder Richter nicht überschreiten. Zwei Planstellen dürfen auch mit drei, drei Planstellen mit vier teilzeitbeschäftigten Beamten oder Richtern besetzt werden. Dabei darf die Gesamtarbeitszeit dieser drei bzw. vier Beamten oder Richter die regelmäßige Gesamtarbeitszeit von zwei bzw. drei vollbeschäftigten Beamten oder Richtern nicht übersteigen.
2. Abweichend von Nummer 1 darf eine Planstelle auch mit zwei, zwei Planstellen dürfen mit drei und drei Planstellen mit vier nach § 153 e Abs. 2 LBG unterhältig teilzeitbeschäftigten Beamten oder Richtern besetzt werden. Dabei sind für den Umfang der von diesen Beamten oder Richtern besetzten Planstellen weiterhin die Verhältnisse vor Antritt der Elternzeit nach der Arbeitszeit- und Urlaubsverordnung (AzUVO) vom 29. November 2005 (GBl. S. 716), zuletzt geändert durch Verordnung vom 14. September 2009 (GBl. S. 473), maßgebend.
3. Planstellen für Beamte und Richter, denen auf Grund von § 153 h LBG und § 7 c Landesrichtergesetz in Verbindung mit § 72 b Abs. 1 Deutsches Richtergesetz als Schwerbehinderte Altersteilzeit bewilligt ist, gelten für die gesamte Dauer der Altersteilzeit mit einem Stellenanteil von 50 vom Hundert als besetzt. Zudem kann aus der Planstelle der Zuschlag nach § 2 Abs. 1

der Altersteilzeitzuschlagsverordnung vom 23. August 2001 (BGBl. I S. 2239), geändert am 10. September 2003 (BGBl. I S. 1798), und erforderlichenfalls ein Ausgleich nach § 2 a der Altersteilzeitzuschlagsverordnung gezahlt werden. Sätze 1 und 2 gelten auch, wenn die Altersteilzeit in eine Arbeits- und Freizeitphase aufgeteilt (Blockmodell) wird; in diesem Fall sind während der Arbeitsphase 50 vom Hundert der Stelle gesperrt und dürfen in dieser Zeit auch nicht anderweitig in Anspruch genommen werden. Wird teilzeitbeschäftigten schwerbehinderten Beamten oder Richtern Altersteilzeit gewährt, sind die vorstehenden Regelungen entsprechend anzuwenden mit der Maßgabe, dass der Umfang der für die Bemessung der Altersteilzeit maßgebenden bisherigen Arbeitszeit zu Grunde zu legen ist.

4. In den Fällen von unterhältiger Teilzeitbeschäftigung nach § 153 e Abs. 2 LBG dürfen sich ergebende freie Stellenbruchteile für die Beschäftigung von Beamten im Eingangsamt bzw. Richtern auf Probe genutzt werden; dabei können die freien Stellenbruchteile von bis zu vier Planstellen zusammen gerechnet werden. Nummer 1 Satz 4 ist entsprechend anzuwenden.

Für die in den Stellenübersichten ausgebrachten Stellen für Arbeitnehmer (Tit. 428 01) gilt Nummer 1 entsprechend. Für diese Stellen kann das Finanzministerium bei Altersteilzeit nach dem Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeitarbeit vom 5. Mai 1998 weitere Ausnahmen zur Inanspruchnahme von Stellenbruchteilen zulassen. Wird die Altersteilzeitarbeit in eine Arbeits- und eine Freistellungsphase aufgeteilt, kann das Finanzministerium ferner zulassen, dass während der Arbeitsphase kostenmäßig nicht in Anspruch genommene Stellenanteile in die Freistellungsphase übertragen und besetzbaren Stellenanteilen hinzugerechnet werden können.

(2) Bei Kap. 0405 bis 0428 – Schulbereich – können die Lehrerstellen (Tit. 422 01 und 428 01) abweichend von Absatz 1 unter Inanspruchnahme von Stellenbruchteilen des jeweils maßgebenden Regelstundenmaßes besetzt werden; bei Beamten (Tit. 422 01) zwischen 50 und 100 vom Hundert, bei Arbeitnehmern (Tit. 428 01) ohne Beschränkung. Jedoch darf die Zahl der Arbeitnehmer, die unter 50 vom Hundert beschäftigt sind, nicht über 2.000 hinausgehen. Die den Beschäftigungszeiten entsprechenden Stellen und Stellenbruchteile dürfen zusammengefasst die Gesamtzahl der in den Stellenplänen und Stellenübersichten der einzelnen Kapitel veranschlagten Lehrerstellen nicht überschreiten.

(3) Für die bei den Kap. 0405 bis 0428 Tit. 422 01 geführten Lehrkräfte, die sich nach der AzUVO in Elternzeit befinden, werden für die Dauer der Elternzeit die erforderlichen Leerstellen der entsprechenden Besoldungsgruppen geschaffen. Absatz 2 letzter Satz gilt für die Bewirtschaftung entsprechend. Aus den Leerstellen

darf nur das Mutterschaftsgeld nach § 39 AzUVO bezahlt werden.

(4) Außerhalb der Kap. 0405 bis 0428 kann das Finanzministerium im Jahresdurchschnitt für bis zu 80 vom Hundert der Planstellen von Beamtinnen und Beamten, die sich in Elternzeit befinden und bei denen für die Neubesetzung der Planstelle ein unabweisbares Bedürfnis besteht, für die Dauer der Elternzeit Leerstellen der entsprechenden Besoldungsgruppe mit dem Vermerk künftig wegfallend schaffen. Die Schaffung der Leerstellen ist auf Fälle beschränkt, bei denen auf der freiwerdenden Planstelle Beamte im Eingangsamt geführt werden. § 3 Abs. 3 Satz 3 sowie § 50 Abs. 5 Satz 2 LHO gelten entsprechend.

(5) Soweit es für die Regulierung von Störfällen im Rahmen des Vorgriffsstundenmodells für Lehrkräfte nach Abschnitt V der Verwaltungsvorschrift des Kultusministeriums über die Arbeitszeit der Lehrer an öffentlichen Schulen vom 10. November 1993, zuletzt geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 4. Dezember 2008 (Kultus und Unterricht 2009, S.31), erforderlich ist, dürfen aus freien besetzbaren Lehrerstellen oder Stellenbruchteilen Ausgleichszahlungen auf Grund der Beamten-Ausgleichszahlungsverordnung vom 29. Januar 2002 (GBl. S. 94) bezahlt bzw. rückwirkende Erhöhungen des Teilzeitfaktors zum Zeitpunkt der Leistungsstörung ausgeglichen werden. Absatz 2 Satz 3 bleibt unberührt. Eine zusätzliche Bewilligung von Stellen oder Mitteln zur Regulierung von Störfällen im Rahmen des Vorgriffsstundenmodells ist ausgeschlossen.

(6) Beamte auf Planstellen außerhalb der Kapitel 0405 bis 0428, die auf Grund einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge gem. den §§ 152 ff. LBG bereits auf einer Leerstelle geführt werden und deren Beurlaubung nach den §§ 152 ff. LBG zum unmittelbaren Wechsel in die Elternzeit nach der AzUVO beendet wird, können während der Elternzeit weiterhin auf der Leerstelle für die Beurlaubung nach den §§ 152 ff. LBG geführt werden.

(7) Für die bei Tit. 421 01 ausgebrachten Amtsgehälter des Ministerpräsidenten, der Minister und der Staatssekretäre sowie für die in den Stellenplänen und Stellenübersichten bei den Tit. 422 01, 422 03, 428 01 bewilligten Stellen dürfen Ausgaben auf Grund gesetzlicher oder tariflicher Bestimmung auch über die Haushaltsansätze hinaus geleistet werden. Dies gilt

1. für die Leistungen nach § 10 Ministergesetz,
2. für die Besoldungsbezüge der Beamten und Richter (§ 1 Abs. 2 und 3 BBesG) einschließlich der Zuführung an die Versorgungsrücklage nach § 14 a Abs. 2 Satz 2 BBesG mit Ausnahme der Zulagen und Vergütungen, die nicht in festen Monatsbeträgen festgelegt sind,
3. für die Entgelte der Arbeitnehmer einschließlich der Teile der Entgelte, die in den Erläuterungen zu dem Tit. 428 01 nicht besonders aufgeführt sind,

4. für die Bezüge der außertariflichen Beschäftigten, die sich nach Besoldungs- oder Tarifrecht richten,

5. für die durch den Haushaltsplan oder durch Richtlinien festgelegten Aufwandsentschädigungen in festen Monatsbeträgen,

6. für die Unterhaltsbeihilfen an Dienstanfänger und an Rechtsreferendare in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis.

Für Leistungsbezüge an Beamte in Ämtern der Bundes- bzw. Landesbesoldungsordnung W bleibt Absatz 11 unberührt.

Insoweit geleistete Mehrausgaben sind bei den einzelnen Titeln als planmäßige Ausgaben zu behandeln. Dasselbe gilt für Mehrausgaben auf Grund gesetzlicher oder tariflicher Bestimmung, die dadurch entstehen, dass Stellen nach Maßgabe der VV-LHO mit Bediensteten in vergleichbaren oder niedrigeren Besoldungs- oder Entgeltgruppen in Anspruch genommen werden. Der Gesamtbetrag der Personalmehrausgaben ist in der Landeshaushaltsrechnung anzugeben; für die Feststellung der Mehrausgaben am Ende des Haushaltsjahres sind die Tit. 421 01, 422 01, 422 03 und 428 01 gegenseitig deckungsfähig. Rücklagen nach § 42 a LHO können zur Deckung der Mehrausgaben herangezogen werden.

(8) Wird durch die anderweitige Verwendung die Versetzung eines Beamten in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit vermieden oder werden Einsparungen durch die Reaktivierung eines wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzten Beamten erzielt, erhält die Verwaltung, die den Beamten beschäftigt, für jedes volle Jahr der anderweitigen Verwendung oder Wiederverwendung aus Kap. 1212 Tit. 461 01 zusätzliche Personal- oder Sachmittel in Höhe des Dreifachen des Endgrundgehalts der Besoldungsgruppe des Beamten. Die erforderlichen Mittel können vom Finanzministerium in entsprechender Anwendung von § 50 Abs. 1 LHO umgesetzt werden.

(9) Wird ein dienstunfähiger Beamter zur Vermeidung einer Versetzung in den Ruhestand bei einer anderen Verwaltung im Landesdienst weiterverwendet, so kann er abweichend von § 49 Abs. 1 LHO auch auf einer Planstelle in einer niedrigeren Besoldungsgruppe seiner Laufbahn oder einer anderen Laufbahn seiner Laufbahngruppe, oder auf einer anderen Stelle in einer Entgeltgruppe, die als derselben Laufbahngruppe zugehörig anzusehen ist, geführt werden. Wird ein Ruhestandsbeamter nach Wiederherstellung der Dienstfähigkeit erneut berufen, gilt Satz 1 bis zum Freiwerden einer seinem Amt entsprechenden Planstelle.

(10) Beamte mit begrenzter Dienstfähigkeit (§ 27 Abs. 1 Beamtenstatusgesetz – BeamStG) sind nach dem Umfang der gem. § 27 Abs. 2 Satz 1 BeamStG herabgesetzten Arbeitszeit auf einer ihrem Amt entsprechenden Planstelle zu führen. Von § 6 Abs. 1 BBesG abweichende Besoldungszahlungen gemäß § 72 a BBesG bleiben

bei der Inanspruchnahme der Planstelle unberücksichtigt. Danach freie Planstellenanteile können im Rahmen des Absatzes 1 besetzt werden.

(11) Aus den bei den Kap. 0321, 0504, 1410, 1414, 1415, 1419, 1420, 1426 bis 1464, 1468 und 1470 bis 1477 Tit. 422 01 und 428 01 sowie bei Kap. 1221 Tit. 422 91 und 422 95, Kap. 1403 Tit. 422 77 und 428 77, Kap. 1410 Tit. 682 97A, Kap. 1412 Tit. 682 01, 682 96A und 682 97A, Kap. 1415 Tit. 682 97, Kap. 1417 Tit. 682 94 und 682 95, Kap. 1418 Tit. 682 01 und Kap. 1421 Tit. 682 01 und 682 97 veranschlagten Mitteln werden auch die Leistungsbezüge nach § 11 LBesG in Verbindung mit der Leistungsbezügeverordnung gezahlt. Der Vergaberahmen für Leistungsbezüge erhöht sich nach näherer Bestimmung des Finanzministeriums und des jeweiligen Fachressorts um Einsparungen aus der vorübergehenden Nichtbesetzung von besetzbaren Professorenstellen bei Tit. 422 01, 428 01, 682 01, 682 94, 682 95, 682 96A, 682 97 und 682 97A.

Nicht in Anspruch genommene Mittel für Leistungsbezüge auf der Grundlage des Vergaberahmens werden übertragen und für den Geschäftsbereich des Wissenschaftsministeriums zentral bei Kap. 1403 Tit. 422 01 als Ausgabestück gebildet. Das Fachressort prüft die Abrechnung der Besoldungsausgaben und stellt die für Leistungsbezüge zweckgebundenen nicht verausgabten Mittel im Einvernehmen mit dem Finanzministerium fest.

Die Ausgabeermächtigung bei Kap. 1410 bis 1421, 1426 bis 1464, 1468 und 1470 bis 1477 Tit. 422 01 und 428 01 erhöht sich um die Einnahmen für Leistungsbezüge nach § 11 b Abs. 3 LBesG, für Forschungs- und Lehrzulagen nach § 12 LBesG sowie für Funktionszulagen nach § 12 a LBesG bei Kap. 1410 bis 1421 Tit. 281 01, Kap. 1426 bis 1464 Tit. 281 92 und Kap. 1470 bis 1477 Tit. 282 84.

(12) Die bei den Kap. 1470 bis 1474 Tit. 428 01 ausgebrachten Stellen für Professoren im außertariflichen Beschäftigungsverhältnis werden mit Ausscheiden des Stelleninhabers schlüsseltgerecht in Planstellen der Besoldungsgruppe W2/W3 (Professor an einer Kunsthochschule) umgewandelt.

(13) Das Finanzministerium wird ermächtigt, bei Hochschulen Planstellen für Beamte sowie Stellen für Arbeitnehmer zu schaffen, wenn die Personalausgaben (bei Planstellen grundsätzlich einschließlich Versorgungszuschlag) vollständig von dritter Seite erstattet werden und die Hochschulen gewährleisten, dass die Stelleninhaber nach Auslaufen der Ausgabenerstattung auf freie Stellen ihres Stellenplanes bzw. ihrer Stellenübersichten übernommen werden können.

Die Planstellen und Stellen sind jeweils im nächsten Staatshaushaltsplan mit entsprechendem Haushaltsvermerk zu veranschlagen.

(14) Das Finanzministerium wird ermächtigt, bei Hochschulen bis zu 250 Planstellen für Beamte zu schaffen,

wenn die Personalausgaben einschließlich Versorgungszuschlag vollständig aus Einnahmen aus Studiengebühren finanziert werden.

(15) Bei Abordnungen können in der Zeit, in der die Mittel besetzter Planstellen für laufende monatliche Besoldungsbezüge des Stelleninhabers nicht benötigt werden, aus dringenden dienstlichen Gründen Beamte im Eingangsamt als Ersatzkräfte innerhalb desselben Kapitels zusätzlich geführt werden.

(16) In insgesamt bis zu 60 Einzelfällen kann im Bereich des Nichtvollzugsbereich der Polizei und bei bis zu 10 Einzelfällen im Geschäftsbereich des Umweltministeriums VV Nr. 4 zu § 49 LHO ausnahmsweise auch auf Ersatzkräfte angewendet werden, deren Weiterbeschäftigung aus dienstlichen Gründen dringend notwendig ist und die aus arbeitsrechtlichen Gründen in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis übernommen werden müssen. Dabei ist sicherzustellen, dass diese Ersatzkräfte für die Weiterbeschäftigung auf freien Stellen oder, soweit dies nicht möglich ist, auf Stellen geführt werden, die für laufende Bezüge an die Stelleninhaber nicht benötigt werden.

(17) Das Kultusministerium wird ermächtigt, die zur Umsetzung der Personalausgabenbudgetierung an Schulen nach der Haushaltssystematik notwendigen Haushaltstitel in Abstimmung mit dem Finanzministerium zu schaffen. Die Ermächtigung gilt, wenn das Staatshaushaltsgesetz 2012 nicht vor dem 1. Januar 2012 verkündet wird, bis zur Verkündung dieses Gesetzes.

(18) Soweit Schulzusammenlegungen im Zusammenhang mit der Bildung der neuen Schulart Werkrealschule zu einer höheren besoldungsgesetzlichen Einstufung der Ämter von Schulleitern und ihrer Stellvertreter führen, gelten nach Abstimmung zwischen Kultusministerium und Finanzministerium die entsprechenden Planstellen nach Maßgabe der besoldungsrechtlichen Voraussetzungen zu dem Schuljahresbeginn als geschaffen, ab dem die schulorganisatorische Maßnahme genehmigt wird. Die hierbei freiwerdenden Planstellen für Schulleiter und ihre Stellvertreter sind in Planstellen des jeweiligen Eingangsamts der betroffenen Laufbahnen – soweit erforderlich mit Bezugsvermerk – umgewandelt. Die Änderungen sind im nächsten Staatshaushaltsplan zu veranschlagen. Die Finanzierung der hieraus entstehenden Mehrausgaben wird durch Einsparungen innerhalb der Schulkapitel des Epl. 04 nachgewiesen.

§ 3 a

Auf den entsprechend gekennzeichneten Stellen des Einzelplans dürfen auch Beschäftigte geführt werden, die nach § 4 Abs. 1 in Verbindung mit Anlage 2, nach § 8 Abs. 1 und 3, nach § 9 Abs. 3 Buchst. a oder nach § 17 Abs. 7 Satz 2 des Tarifvertrags zur Überleitung der Beschäftigten der Länder in den TV-L und zur Regelung

des Übergangsrechts (TVÜ-Länder) in einer höheren Entgeltgruppe eingruppiert sind als dies nach § 17 Abs. 7 Satz 1 in Verbindung mit Anlage 4 TVÜ-Länder für ab dem 1. November 2006 stattfindende Eingruppierungsvorgänge vorgesehen ist. Unter diesen Voraussetzungen können Beschäftigte auf einer Stelle

- der Entgeltgruppe 2 höchstens nach Entgeltgruppe 3,
- der Entgeltgruppe 3 höchstens nach Entgeltgruppe 5,
- der Entgeltgruppe 5 höchstens nach Entgeltgruppe 6,
- der Entgeltgruppe 6 höchstens nach Entgeltgruppe 8 bzw. (bei Lehrkräften) 9,
- der Entgeltgruppe 8 höchstens nach Entgeltgruppe 9,
- der Entgeltgruppe 13 höchstens nach Entgeltgruppe 14

bezahlt werden. Die in den Fußnoten der Stellenübersichten zum Staatshaushaltsplan genannte Anzahl entspricht dem Stand zum 1. März 2009. Von der Anzahl kann bei Vorliegen der oben genannten tarifrechtlichen Voraussetzungen abgewichen werden.

§ 4

(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben folgende Kredite am Kreditmarkt aufzunehmen:

1. im Haushaltsjahr 2010 bis zur Höhe von 2.646.000.000 Euro,
2. im Haushaltsjahr 2011 bis zur Höhe von 2.131.000.000 Euro,
3. die in den vorausgegangenen Haushaltsjahren genehmigten Kreditmittel, soweit sie bis zum Ablauf des Haushaltsjahres 2007 nicht aufgenommen wurden und zur Deckung noch benötigt werden.

Die Ermächtigung kann im Rahmen der haushaltsrechtlichen Vorschriften übertragen werden. Auf die Kreditermächtigung ist bei Diskontpapieren der Nettobetrag anzurechnen. Die Kreditaufnahme kann auch in fremder Währung erfolgen, wenn das damit verbundene Wechselkursrisiko bezüglich des Kapitals und der zu zahlenden Zinsen in voller Höhe durch Wechselkurssicherungsgeschäfte ausgeschlossen wird.

(2) Die Kreditermächtigung des Absatzes 1 erhöht sich um die Beträge, die in den Haushaltsjahren 2010 und 2011 zur Tilgung von Krediten erforderlich sind. Sie erhöht sich ferner um die Beträge, die zur Anschlussfinanzierung von vorzeitig getilgten Darlehen notwendig sind.

(3) Die Kreditermächtigung des Absatzes 1 vermindert sich um die Einnahmen bei Kap. 1209 Tit. 356 04, die bei der Veräußerung von Landesimmobilien unter Mitwirkung der Landesimmobiliengesellschaft anfallen.

(4) Der Bestand der Vereinbarungen nach § 18 Abs. 7 LHO darf höchstens 25 vom Hundert der Kreditmarktschulden am Ende des vorangegangenen Haushaltsjahres zuzüglich 25 vom Hundert der für Anschlussfinanzierungen im Finanzplanungszeitraum fällig werdenden Tilgungen betragen. Vereinbarungen, deren Zinsänderungsrisiko durch ein Gegengeschäft aufgelöst ist, sind auf diesen Höchstbetrag nicht anzurechnen.

(5) Das Finanzministerium wird ermächtigt, ab Oktober des Haushaltsjahres im Vorgriff auf die Kreditermächtigung des nächsten Haushaltsjahres Kredite bis zur Höhe von 2 vom Hundert des in § 1 für das laufende Haushaltsjahr festgestellten Betrags aufzunehmen. Die danach aufgenommenen Kredite sind auf die Kreditermächtigung des nächsten Haushaltsjahres anzurechnen.

(6) Das Finanzministerium wird ermächtigt, zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel Kassenverstärkungskredite bis zu 6 vom Hundert des in § 1 für das jeweilige Haushaltsjahr festgestellten Betrags aufzunehmen. Über den sich danach ergebenden Betrag hinaus kann das Finanzministerium im einzelnen Haushaltsjahr weitere Kassenverstärkungskredite aufnehmen, soweit es von der Kreditermächtigung nach Absatz 1 keinen Gebrauch macht.

(7) Das Finanzministerium wird ermächtigt, zweckbestimmte, den Haushalt durchlaufende Darlehen vor allem aus Mitteln des Bundes in Höhe der dem Land hierfür zur Verfügung gestellten Beträge aufzunehmen.

(8) Die Finanzierungsermächtigung des Finanzministeriums für das Behördenbauprogramm, zuletzt durch § 4 Abs. 8 des Staatshaushaltsgesetzes 2009 auf 860.000.000 Euro festgesetzt, wird auf 912.000.000 Euro erhöht (Kap. 1208 Tit. 712 71).

(9) Die Finanzierungsermächtigung des Finanzministeriums für das Bauprogramm zur Forschungsförderung und zum erhöhten Emissionsschutz landeseigener Heizwerke sowie für das Programm zur Nachfolgebelegung ehemaliger militärischer Liegenschaften, zuletzt durch § 4 Abs. 9 des Staatshaushaltsgesetzes 2009 auf 1.720.237.000 Euro festgelegt, wird auf 1.831.140.000 Euro erhöht (Kap. 1208 Tit. 714 71).

(10) Der Schuldenstand des Landes aus der Finanzierung des Behördenbauprogramms und des Bauprogramms zur Forschungsförderung und zum erhöhten Emissionsschutz landeseigener Heizwerke sowie des Programms zur Nachfolgebelegung ehemaliger militärischer Liegenschaften darf insgesamt 400.000.000 Euro nicht übersteigen.

(11) Das Finanzministerium wird ermächtigt, die Finanzierungsgesellschaft für öffentliche Vorhaben des Landes Baden-Württemberg mbH im Rahmen eines Finanzierungsvertrags mit der Vorfinanzierung eines Sonderprogramms für den Landesstraßenbau bis zur Höhe von 27.400.000 Euro im Haushaltsjahr 2010 und bis zur

Höhe von 11.700.000 Euro im Haushaltsjahr 2011 zu beauftragen (Kap. 0326 Tit. 711 79 A).

(12) Die bei den Kap. 0711 und 0712 vorgesehenen Darlehensmittel des Landes zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus, des Städtebaus und der Modernisierung werden der Landeskreditbank zu denselben Zins- und Tilgungsbedingungen wie die entsprechenden Bundesmittel gegeben.

(13) Das Finanzministerium wird ermächtigt, für Maßnahmen zur Energieeinsparung in bestehenden Gebäuden Vorfinanzierungen bis zur Höhe von 8.000.000 Euro jährlich in Anspruch zu nehmen, wenn die entstehenden Kosten (einschließlich Zins- und Tilgungsaufwand) aus den erwarteten Energieeinsparungen innerhalb eines Zeitraums von höchstens fünfzehn Jahren getragen werden können und die Verzinsung nicht über der für vergleichbare Kreditmarktdarlehen liegt.

(14) Das durch das Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 geschaffene Sondervermögen Baden-Württemberg 21 dient der Abdeckung von finanziellen Verpflichtungen aus dem Finanzierungsvertrag über die Planung und den Bau des Projekts „Stuttgart 21“ und der Vereinbarung über die Abwicklung des Zuschusses des Landes an die Bundesrepublik Deutschland zur Finanzierung der Neubaustrecke Wendlingen–Ulm, soweit diese nicht aus den bei Kap. 0325 Titelgruppe 78 bzw. 99 etatisierten bzw. einzuplanenden Haushaltsmitteln abzudecken sind. Die Verzinsung zu Gunsten des Sondervermögens erfolgt zu marktüblichen Sätzen aus Kap. 1206 Titelgruppe 86. Nach Abschluss des Projekts nicht benötigte Mittel aus dem Sondervermögen werden zur Schuldentilgung verwendet.

§ 5

(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen im Haushaltsjahr 2010 bis zur Höhe von insgesamt 1.200.000.000 Euro und im Haushaltsjahr 2011 bis zur Höhe von insgesamt 500.000.000 Euro zu übernehmen, wenn hierfür ein vordringliches Bedürfnis besteht.

(2) Das Finanzministerium wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen zu übernehmen

1. in den Haushaltsjahren 2010 und 2011 zu Gunsten der Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH, der Finanzierungsgesellschaft für öffentliche Vorhaben des Landes Baden-Württemberg mbH, der Beteiligungsgesellschaft des Landes Baden-Württemberg mbH, des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH, der Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH, der Garantie Portfolio Baden-Württemberg GmbH & Co KG, der Staatlichen Rhein-Neckar-Ha-

fengesellschaft Mannheim mbH und der Filmakademie Baden-Württemberg GmbH bis zu 700.000.000 Euro jährlich;

2. in den Haushaltsjahren 2010 und 2011 für Finanzierungen von Baumaßnahmen, die objektbezogen ratenweise vom Land bezahlt werden, bis zur Höhe von 75.000.000 Euro jährlich;

3. im Jahr 2010 zu Gunsten der Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank bis zu insgesamt 476.000.000 Euro;

4. für die Aufnahme von Krediten durch die Projektgesellschaft Neue Messe GmbH & Co. KG, soweit sie zur Verlängerung der Vorfinanzierung des Beitrags der Wirtschaft erforderlich sind, bis zur Höhe von 7.500.000 Euro.

(3) Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium zugunsten der Staatlichen Museen, der Stiftung Zentrum für Kunst und Medientechnologie Karlsruhe, der Stiftung Landesmuseum für Technik und Arbeit Mannheim und der Stiftung Akademie Schloss Solitude zur Absicherung des Risikos des zufälligen Untergangs oder der Beschädigung von Leihgaben für Ausstellungen Garantien gegenüber den Leihgebern zu übernehmen. Bei einer Versicherungssumme über 5.000.000 Euro pro Leihgabe ist vor der Inanspruchnahme der Ermächtigung die Zustimmung des Wissenschaftsausschusses des Landtags einzuholen.

(4) Vor der Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen sowie vor der Gewährung von Zuschüssen im Rahmen der Förderung der gewerblichen Wirtschaft einschließlich des Fremdenverkehrs und von Darlehen ist die Zustimmung des Wirtschaftsausschusses des Landtags erforderlich, wenn diese Finanzhilfe 500.000 Euro oder mehr beträgt. Der Zustimmung bedarf es nicht,

1. wenn der Empfänger der Finanzhilfe im Staatshaushaltsplan genannt ist,

2. bei der Gewährung von Finanzhilfen nach Satz 1 an Körperschaften des öffentlichen Rechts außerhalb der Förderung der gewerblichen Wirtschaft einschließlich des Fremdenverkehrs,

3. bei der Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen nach Absatz 2 und 3,

4. bei der Änderung von Finanzhilfen; die Erhöhung des Betrags einer Finanzhilfe sowie die Verlängerung der Laufzeit ist zustimmungspflichtig.

Finanzhilfen nach den Nummern 2 und 3 sind dem Finanzausschuss des Landtags nach Abschluss des Haushaltsjahres mitzuteilen. Dem Finanzausschuss ist ferner über die nach Satz 1 geleisteten Finanzhilfen halbjährlich eine Übersicht zu geben, die mindestens den Empfänger, die Höhe sowie Art und Zweck der jeweiligen Finanzhilfe ausweist.

(5) Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen nach den Absätzen 1 bis 3 können auch in ausländischer Währung übernommen werden; sie sind auf der Basis des vor Ausfertigung der Urkunde zuletzt ermittelten Euro-Referenzkurses der Europäischen Zentralbank auf den Höchstbetrag der Ermächtigung anzurechnen.

(6) Die Ermächtigungen nach den Absätzen 1 bis 3 für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 gelten, wenn das Staatshaushaltsgesetz für das Haushaltsjahr 2012 nicht vor dem 1. Januar 2012 verkündet wird, bis zur Verkündung dieses Gesetzes. Gewährleistungen, die auf Grund der weiter geltenden Ermächtigungen im Haushaltsjahr 2012 übernommen werden, sind auf die Ermächtigungen nach dem Staatshaushaltsgesetz 2012 nicht anzurechnen.

§ 6

(1) Im Sinne von § 20 Abs. 1 LHO sind

1. einzelplanübergreifend gegenseitig deckungsfähig

1.1 die Ausgaben der Tit. 441 01, 446 01 und 446 21 sowie Kap. 1212 Tit. 441 02;

1.2 die Ausgaben der Tit. 422 16;

1.3 die Ausgaben der Tit. 431 01, 431 02, 432 01 und 432 07;

1.4 im Einvernehmen der beteiligten Ministerien je für sich die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen innerhalb der Titel mit der Endzahl 66 (Programmbudget Medien – Titelgruppen und Einzeltitel) und innerhalb der Titel mit der Endzahl 69 (Aufwand für Informationstechnik – Titelgruppen und Einzeltitel), ausgenommen jeweils die Einzelpläne 01 (Landtag) und 11 (Rechnungshof) sowie die Kap. 0303 (Der Landesbeauftragte für den Datenschutz), 0310 (Feuerschutz, Katastrophenschutz), 1424 und 1425 (Landesbibliotheken);

2. innerhalb der jeweiligen Einzelpläne gegenseitig deckungsfähig je für sich

2.1 die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titel mit der Endzahl 66 (Programmbudget Medien – Titelgruppen und Einzeltitel);

2.2 die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titel mit der Endzahl 69 (Aufwand für Informationstechnik – Titelgruppen und Einzeltitel);

3. innerhalb des jeweiligen Einzelplans je für sich und gegenseitig deckungsfähig die Ausgaben des Tit. 525 21 und der Titelgruppe 68 sowie einseitig deckungsfähig die Ausgaben des Tit. 525 69 zugunsten der Ausgaben des Tit. 525 21 und der Titelgruppe 68;

4. innerhalb der einzelnen Kapitel ohne alle Titel mit der Endzahl 60 bis 67, 69 und höher der Einzelpläne 01 bis 11, ohne Kapitel Allgemeine Bewilligungen

(Kap. ...02) sowie innerhalb der Kap. 1401, 1424, 1425, 1469, 1479, 1494 und 1495 gegenseitig deckungsfähig je für sich

4.1 die Ausgaben der Obergruppen 51 bis 54, der Gruppe 429 und der Tit. 427 51, 428 06, 428 51 und 685 49. Ausgenommen hiervon sind Titel der Gruppierung 529, Tit. 536 01, 536 02, 546 51, Kap. 0503 Tit. 537 02, Kap. 0919 Tit. 534 01 und Kap. 1001 Tit. 526 11;

4.2 die Ausgaben der Obergruppe 81;

5. innerhalb der einzelnen Kapitel ohne alle Titel mit der Endzahl 60 bis 67, 69 und höher der Einzelpläne 01 bis 11, ohne Kapitel Allgemeine Bewilligungen (Kap. ...02) sowie innerhalb der Kap. 1401, 1424, 1425, 1469, 1479, 1494 und 1495 einseitig deckungsfähig je für sich

5.1 die Ausgaben der Obergruppe 81 zugunsten der Obergruppen 51 bis 54 (ohne Gruppierung 529, Tit. 536 01, 536 02, 546 51, Kap. 0503 Tit. 537 02, Kap. 0919 Tit. 534 01 und Kap. 1001 Tit. 526 11), der Gruppe 429 und der Tit. 427 51, 428 06, 428 51 und 685 49 bis zu 20 vom Hundert des Titelausatzes;

5.2 die Ausgaben der Obergruppen 51 bis 54 (ohne Gruppierung 529, Tit. 536 01, 536 02, 546 51, Kap. 0503 Tit. 537 02, Kap. 0919 Tit. 534 01 und Kap. 1001 Tit. 526 11), der Gruppe 429 und der Tit. 427 51, 428 06, 428 51 und 685 49 zugunsten der Obergruppe 81 und der Titelgruppen 66 und 69.

Soweit im Haushaltsplan durch Vermerke nach § 20 Abs. 1 LHO hiervon abweichende Regelungen getroffen sind, bleiben diese unberührt.

(2) Für die Ausgabentitel nach Absatz 1 Nr. 2 bis 5 gilt die dezentrale Finanzverantwortung gemäß § 7a Abs. 1 LHO. Diese Ausgabentitel werden gemäß § 7a Abs. 2 in Verbindung mit § 19 Satz 2 LHO für übertragbar erklärt.

(3) 10 vom Hundert der Haushaltsansätze der Ausgabentitel und der Verpflichtungsermächtigungen der Obergruppen 51 bis 54 (ohne Gruppierung 529, Tit. 536 01, 536 02, 546 51, Kap. 0503 Tit. 537 02, Kap. 0919 Tit. 534 01 und Kap. 1001 Tit. 526 11), der Gruppe 429 und der Tit. 427 51, 428 06, 428 51, 685 49 und der Obergruppe 81, ohne alle Titel mit der Endzahl 60 bis 65, 67, 70 und höher der Einzelpläne 01 bis 11, ohne Kapitel Allgemeine Bewilligungen (Kap. ...02) sowie der Kap. 1401, 1424, 1425, 1469, 1479, 1494 und 1495 bilden eine Globalsteuerungsreserve gemäß § 7a Abs. 5 LHO. Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Rahmen des Haushaltsvollzugs die Mittel und die Verpflichtungsermächtigungen entsprechend der Haushaltsentwicklung während des Jahres freizugeben.

(4) Unverbrauchte übertragbare Mittel (Ausgabereste) bei den in Absatz 3 genannten Haushaltsansätzen, die

über den Betrag der am Ende vom Jahr nicht freigegebenen Globalsteuerungsreserve hinaus gehen, werden abweichend von § 9 Abs. 2 nicht in Abgang gestellt.

(5) Aus im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit nach Absatz 1 Nr. 1.4 einzelplanübergreifend umgeschichteten übertragbaren Mitteln können unbeschadet des § 45 Abs. 2 Satz 1 LHO bei dem von der Mittelumschichtung begünstigten Titel Ausgabestelle gebildet werden, soweit dies zur Erfüllung von am Ende des Haushaltsjahres bestehenden Rechtsverpflichtungen notwendig ist.

(6) Bei den Tit. 441 01 und 446 01 werden die Einnahmen aus der Eigenbeteiligung der Beihilfeberechtigten für die Inanspruchnahme von Wahlleistungen von den Ausgaben abgesetzt.

(7) In den Bereichen des Pilotversuchs Personalausgabenbudgetierung gemäß § 6a gelten die Deckungsfähigkeiten nach Absatz 1 Nr. 2 bis 5 und die Regelungen zur Globalsteuerungsreserve gemäß Absatz 3 jeweils ohne die Titel der Gruppe 429 und ohne Tit. 427 51, 428 06 und 428 51.

§ 6a

(1) In den folgenden Bereichen wird die Personalausgabenbudgetierung erprobt:

- Kap. 0305 ohne die Stellen der Abschnitte 2.2 Schutzpolizei und 2.3 Kriminalpolizei und ohne die Stellen des Landesbetriebs Gewässer,
- Kap. 0508,
- Kap. 0608,
- Kap. 0618.

Das Finanzministerium wird ermächtigt, weitere Bereiche zuzulassen.

(2) Die Personalausgabenbudgetierung umfasst die Ausgaben der Obergruppen 42 und 45 mit Ausnahme der Gruppen 421 und 424, der Titel 422 03 und 427 01 sowie der Titel in Titelgruppen.

(3) Es gelten folgende Flexibilisierungsregelungen:

1. Deckungsfähigkeit

Die einbezogenen Personalausgaben sind untereinander uneingeschränkt deckungsfähig. Sie sind zugunsten der Ausgaben der Hauptgruppen 5 bis 8 einseitig uneingeschränkt deckungsfähig. Die Ausgaben der Obergruppen 51 bis 54 mit Ausnahme der bei den Titelgruppen veranschlagten Ausgaben sind zugunsten der einbezogenen Personalausgaben mit der Einschränkung deckungsfähig, dass keine Dauerarbeitsverhältnisse begründet und Stellenabbauprogramme nicht dauerhaft aus Sachmitteln finanziert werden dürfen. Die Ausgaben der Obergruppe 81 sind zugunsten der einbezogenen Personalausgaben bis zu 20 vom Hundert mit der Einschränkung deckungsfähig, dass

keine Dauerarbeitsverhältnisse begründet und Stellenabbauprogramme nicht dauerhaft aus Sachmitteln finanziert werden dürfen. § 6 bleibt unberührt.

2. Übertragbarkeit

Die einbezogenen Personalausgaben sind übertragbar. Eine Budgetüberschreitung ist zulässig, der Ausgleich hat im nächsten Haushaltsjahr zu erfolgen. In begründeten Ausnahmefällen kann mit Einwilligung des Finanzministeriums der Ausgleich im übernächsten Jahr erfolgen. § 6 bleibt unberührt.

3. Stellenbewirtschaftung

Im Rahmen des Personalausgabenbudgets und der vorstehenden Flexibilisierungen sind folgende weitere Flexibilisierungen bei der Stellenbewirtschaftung zulässig:

- a) Bei der Besetzung von Stellen mit teilzeitbeschäftigten Beamten, Richtern und Arbeitnehmern kann von § 3 Abs. 1 Nr. 1, 2 und 4 abgewichen werden; die den Beschäftigungszeiten entsprechenden Stellen und Stellenbruchteile dürfen zusammengefasst die Gesamtzahl der in den Stellenplänen und Stellenübersichten für die Dienststellen veranschlagten Stellen nicht überschreiten.
- b) Im Vorgriff auf das innerhalb der nächsten zwei Jahre erfolgende Ausscheiden eines Stelleninhabers können Beamte einer niedrigeren Besoldungsgruppe, sofern sie einen höher bewerteten Dienstposten innehaben, für einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren im Wege der Vorab-Beförderung Bezüge aus dem nächst höheren besoldungsrechtlichen Amt erhalten, höchstens jedoch aus dem besoldungsrechtlichen Amt des ausscheidenden Stelleninhabers. Die einschlägigen beamten- und besoldungsrechtlichen Vorschriften bleiben unberührt.
- c) Aus dringenden dienstlichen Gründen können über die im Haushaltsplan ausgewiesenen Stellen für Beamte, Richter und Arbeitnehmer hinaus für einen Zeitraum von bis zu drei Monaten zusätzliche Beamte, Richter und Arbeitnehmer beschäftigt werden.
- d) Laufbahnbewerber können bei dringendem Bedarf über die im Haushaltsplan ausgewiesenen Stellen für Beamte im Eingangsamt hinaus für einen Zeitraum bis zu vier Monaten als Beamte im Eingangsamt zusätzlich übernommen werden; in besonders begründeten Einzelfällen kann die Frist mit Zustimmung des Finanzministeriums auf bis zu einem Jahr verlängert werden.
- e) Planstellen können innerhalb derselben Laufbahngruppe fachrichtungsübergreifend gegenseitig in Anspruch genommen werden. Andere Stellen können fachrichtungsübergreifend gegenseitig in Anspruch genommen werden. Die in Anspruch genommene Planstelle bzw. andere Stelle muss mindestens derselben Besoldungs- bzw. Entgeltgruppe entsprechen.

(4) Die für die Stellenbewirtschaftungsmaßnahmen nach Absatz 3 Nr. 3 Buchst. b erforderlichen Stellenhebungen gelten mit dem Vermerk künftig umzuwandeln und die für die Stellenbewirtschaftungsmaßnahmen nach Absatz 3 Nr. 3 Buchst. c und d erforderlichen Stellen mit Vermerk künftig wegfallend als vorübergehend geschaffen, soweit die Finanzierung im Rahmen des Personalausgabenbudgets und der nach Absatz 3 Nr. 1 und 2 zulässigen Deckung und Übertragbarkeit sichergestellt ist.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten, wenn das Staatshaushaltsgesetz für 2012 nicht vor dem 1. Januar 2012 verkündet wird, bis zur Verkündung dieses Gesetzes.

§ 7

(1) Der Betrag, bis zu dem nach § 37 Abs. 1 Satz 4 LHO für eine Mehrausgabe kein Nachtragshaushaltsgesetz erforderlich ist, wird auf 5.000.000 Euro im Einzelfall festgesetzt.

(2) § 37 Abs. 1 LHO ist 2010 und 2011 mit der Maßgabe anzuwenden, dass es eines Nachtragshaushaltsgesetzes nicht bedarf, wenn das Finanzministerium nach vorheriger Zustimmung des Finanzausschusses in überplanmäßige Ausgaben bei Kap. 0314 Tit. 811 01 oder bei Kap. 0922 Titelgruppe 74 sowie bei den Obergruppen 44 (Beihilfe, Unterstützung und dergleichen) der betroffenen Einzelpläne über den in Absatz 1 genannten Betrag hinaus einwilligt.

(3) Für überplanmäßige und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen (§ 38 Abs. 1 Satz 2 LHO) gilt Absatz 1 entsprechend. Maßgebend ist die Höhe der voraussichtlich kassenwirksam werdenden Jahresbeträge.

(4) § 38 Abs. 1 Satz 2 LHO ist 2010 und 2011 mit der Maßgabe anzuwenden, dass es eines Nachtragshaushaltsgesetzes nicht bedarf, wenn das Finanzministerium nach vorheriger Zustimmung des Finanzausschusses bei Kap. 0314 Tit. 811 01 oder bei Kap. 0922 Titelgruppe 74 sowie bei den Obergruppen 44 (Beihilfe, Unterstützung und dergleichen) der betroffenen Einzelpläne in überplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen über den in Absatz 3 genannten Betrag hinaus einwilligt.

(5) Der Betrag für die nach § 37 Abs. 4 LHO dem Landtag jährlich mitzuteilenden über- und außerplanmäßigen Ausgaben wird auf 100.000 Euro festgesetzt.

(6) Das Finanzministerium hat dem Finanzausschuss des Landtags jährlich die beim Rechnungsabschluss in das jeweils folgende Haushaltsjahr übertragenen Ausgabeanteile mitzuteilen.

§ 8

(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, abweichend von § 63 Abs. 3 Satz 1 und § 64 Abs. 4 Satz 1 LHO

1. bei der Bestellung von Erbbaurechten an landeseigenen Grundstücken zum Bau von Studentenwohnheimen, Personalwohnheimen und Wohnungen im Rahmen der Wohnungsfürsorge für Landesbedienstete den Erbbauzins bis zum Betrag von 51 Euro jährlich im Einzelfall zu ermäßigen, soweit und solange dies zur Erzielung tragbarer Mieten bzw. zur Reduzierung des Zuschussbedarfs erforderlich ist,
2. den Kaufpreis für landeseigene Grundstücke, die einer Verwendung im Rahmen der Wohnungsfürsorge für Landesbedienstete zugeführt werden, um höchstens 80 vom Hundert zu ermäßigen,
3. bei der Bestellung von Erbbaurechten an landeseigenen Grundstücken oder deren Vermietung an die Träger von Einrichtungen des Technologietransfers in Verbindung mit den Universitäten Heidelberg, Karlsruhe und Stuttgart den Erbbauzins oder die Miete bis zum Betrag von 51 Euro jährlich zu ermäßigen, soweit und solange dies zur Verminderung von Verlusten dieser Einrichtungen geboten ist,
4. Vermögenswerte des Deutschen Reichs, die nach dem Reichsvermögen-Gesetz vom 16. Mai 1961 (BGBl. I S. 597) dem Land als Aufgabennachfolger des Reichs oder wegen der Nutzung für eine grundgesetzliche Verwaltungsaufgabe des Landes zustehen, unentgeltlich einer Gemeinde oder einem Landkreis des Landes zu übertragen, wenn die Gemeinde oder der Landkreis das Vermögensrecht bei Inkrafttreten des Reichsvermögen-Gesetzes überwiegend und nicht nur vorübergehend für die maßgebliche Verwaltungsaufgabe genutzt hat,
5. den Kaufpreis für landeseigene Grundstücke, die mit einem Erbbaurecht belastet sind, um höchstens 20 vom Hundert zu ermäßigen.

Der Einwilligung oder Unterrichtung des Landtags nach § 64 Abs. 2 LHO bedarf es in diesen Fällen nicht.

(2) Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 LHO wird zugelassen, dass von Landesdienststellen im Bereich der Datenverarbeitung entwickelte oder erworbene Programme unentgeltlich an Stellen der öffentlichen Verwaltung abgegeben werden, soweit Gegenseitigkeit besteht.

(3) Auf bei Kap. 0833 Tit. 356 01, Kap. 1208 Tit. 356 08 bis 356 28 und 356 71, Kap. 1209 Tit. 356 01 bis Tit. 356 04, Kap. 1412 Tit. 356 95, Kap. 1468 Tit. 356 73 sowie in verschiedenen Kapiteln bei Tit. 356 63 und bei den Kap. 1220, 1223 und 1240 veranschlagte Entnahmen aus dem Forstgrundstock, dem Allgemeinen Grundstock, dem Allgemeinen Grundstock – Sonderfonds Zukunftsoffensive I – sowie dem Allgemeinen Grundstock – Sonderfonds Zukunftsoffensive II – findet § 113 Abs. 2 Satz 1 und 2 LHO keine Anwendung.

(4) Aus dem im Allgemeinen Grundstock eingerichteten Sonderfonds „Informations- und Kommunikations-Pool“ sind bei Vollkostenrechnung sich selbst refinanzierende

Informations-, Kommunikations- und andere Reformprojekte der Landesverwaltung durchzuführen, die nicht anderweitig finanziert werden können.

(5) Zur Erzielung zusätzlicher Einsparungen bei Flächenkosten mit Hilfe der Nutzer durch die Staatliche Vermögens- und Hochbauverwaltung kann das Finanzministerium zusätzliche Mieteinnahmen bei Kap. 1209 Tit. 124 01 sowie aus Verkaufserlösen abgeleitete kalkulatorische Mieteinsparungen und Einsparungen bei Kap. 1209 Tit. 518 01, 518 11 jeweils bis zur Hälfte und auf die Dauer von höchstens 5 Jahren der nutzenden Dienststelle für Mehrausgaben überlassen. Die Ausgabeermächtigung der jeweiligen Dienststelle erhöht sich entsprechend. Die entsprechenden Mittel gelten als umgesetzt im Sinne von § 50 Abs. 1 LHO und sind übertragbar. Sie sind von der nutzenden Dienststelle vorrangig für die Fortbildung der Bediensteten sowie zur Verbesserung der Ausstattung insbesondere im Informations- und Kommunikationsbereich zu verwenden. Das Nähere regelt das Finanzministerium.

(6) Das Finanzministerium wird ermächtigt, in Abweichung von § 63 Abs. 2 LHO die Veräußerung zur Erfüllung der Aufgaben des Landes weiterhin benötigter Vermögensgegenstände zuzulassen, wenn auf diese Weise die Aufgaben des Landes nachweislich wirtschaftlicher erfüllt werden können. § 64 LHO bleibt unberührt.

§ 9

(1) Das Finanzministerium kann zulassen, dass bei einem Sammeltitel mit übertragbarer Bewilligung ein höherer Betrag in Rest gestellt wird als der unverwendet gebliebene Betrag oder dass ein Betrag auch noch in Rest gestellt wird, wenn schon eine Überschreitung des Titels vorliegt.

(2) Die Landesregierung kann unverbrauchte Mittel aus übertragbaren Bewilligungen des Haushalts für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 (Ausgabereste) in Abgang stellen. Wird hierdurch die Übertragbarkeit ausgeschlossen, gelten die hiervon betroffenen Ausgabebewilligungen als abgeschlossen. Satz 1 gilt nicht für übertragbare Ausgabebewilligungen, bei denen zweckgebundene Einnahmen ihrem Verwendungszweck noch nicht zugeführt worden sind. § 6 Abs. 4 bleibt unberührt.

§ 10

Für die Personen, denen ein Dienstkraftwagen zur alleinigen oder bevorzugten Benutzung zur Verfügung steht, gelten die Richtlinien der Landesregierung über die unentgeltliche Benutzung der Dienstkraftwagen zu außerdienstlichen Zwecken.

§ 11

Der Wettmittelfonds nach § 7 Staatslotteriesgesetz vom 14. Dezember 2004 (GBl. S. 894) beträgt 2010 und 2011 jeweils 134.365.400 Euro. Die Mittel des Fonds sind nach Maßgabe des Staatshaushaltsplanes zu 45 vom Hundert

für die Förderung der Kultur, zu 44 vom Hundert für die Förderung des Sports und zu 11 vom Hundert für die Förderung sozialer Zwecke zu verwenden. Der Betrag nach Satz 1 verringert sich unter entsprechender Änderung der Verteilung nach Satz 2 in 2010 um 4.000.000 Euro und in 2011 um 3.000.000 Euro zulasten der Mittel für die Förderung der Kultur (Denkmalpflege).

§ 12

§ 10 des Spielbankengesetzes in der Fassung vom 9. Oktober 2001 (GBl. S. 571, ber. S. 706) ist für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 mit der Maßgabe anzuwenden, dass die Einnahmen der in § 10 Spielbankengesetz genannten Erträge in 2010 in Höhe von insgesamt bis zu 46.188.900 Euro und in 2011 in Höhe von insgesamt bis zu 46.655.500 Euro für die in § 10 des Spielbankengesetzes genannten Zwecke nach näherer Bestimmung durch den Staatshaushaltsplan verwendet werden. Mögliche, darüber hinaus anfallende Erträge werden zur allgemeinen Deckung des Haushalts eingesetzt.

§ 13

(1) Bei Reisen zum Zwecke der Fortbildung, die teilweise in dienstlichem Interesse liegen, ist § 23 Abs. 2 des Landesreisekostengesetzes (LRKG) in der Fassung vom 20. Mai 1996 (GBl. S. 466), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. Dezember 2008 (GBl. S. 432), in den Haushaltsjahren 2010 und 2011 mit der Maßgabe anzuwenden, dass die entstandenen notwendigen Fahrkosten bei Benutzung regelmäßig verkehrender Beförderungsmittel nur bis zu den Kosten der billigsten Fahrkarte der allgemein niedrigsten Klasse erstattet werden. Für Strecken, die mit einem Kraftfahrzeug der in § 6 Abs. 1 oder 2 LRKG bezeichneten Art zurückgelegt werden, kann nur eine Wegstreckenentschädigung bis zu 16 Cent je Kilometer gewährt werden. Im Übrigen gilt bei der Benutzung von anderen als den in § 6 LRKG genannten nicht regelmäßig verkehrenden Beförderungsmitteln Satz 1 entsprechend.

(2) Die Anwendungsmaßgabe des Absatzes 1 gilt, wenn das Staatshaushaltsgesetz für das Jahr 2012 nicht vor dem 1. Januar 2012 verkündet wird, bis zur Verkündung dieses Gesetzes.

§ 14

Das Finanzministerium kann die zum Vollzug dieses Gesetzes erforderlichen Anordnungen erlassen.

§ 15

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2010 in Kraft.“

28.01.2010

Der Berichterstatter:

Klaus Herrmann

Der Vorsitzende:

Ingo Rust

Anlage zum Staatshaushaltsgesetz**Gesamtplan****1. Haushaltsübersicht für das Haushaltsjahr 2010**

| Epl. | Bezeichnung | Steuern und steuerähnliche Abgaben | Verwaltungs- einnahmen | Übrige Einnahmen | Gesamt- einnahmen | Personal- ausgaben |
|------|---|--|---------------------------|---------------------|----------------------|-----------------------|
| | | Tsd. EUR | Tsd. EUR | Tsd. EUR | Tsd. EUR | Tsd. EUR |
| 01 | Landtag | - | 51,0 | - | 51,0 | 38.287,9 |
| 02 | Staatsministerium | - | 245,5 | 1.580,3 | 1.825,8 | 23.990,2 |
| 03 | Innenministerium | - | 42.334,0 | 1.087.905,3 | 1.130.239,3 | 1.975.470,7 |
| 04 | Ministerium für Kultus, Jugend und Sport | - | 2.465,3 | 27.893,9 | 30.359,2 | 7.406.744,4 |
| 05 | Justizministerium | - | 676.201,1 | 11.905,7 | 688.106,8 | 981.627,8 |
| 06 | Finanzministerium | - | 362.801,0 | 79.756,2 | 442.557,2 | 850.455,3 |
| 07 | Wirtschaftsministerium | - | 39.409,5 | 204.071,4 | 243.480,9 | 72.426,4 |
| 08 | Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum | 5.475,0 | 32.726,5 | 192.627,8 | 230.829,3 | 278.545,8 |
| 09 | Ministerium für Arbeit und Soziales | - | 4.391,3 | 139.141,3 | 143.532,6 | 84.241,5 |
| 10 | Umweltministerium | 88.000,0 | 52.423,5 | 9.280,1 | 149.703,6 | 90.769,9 |
| 11 | Rechnungshof | - | 1,0 | - | 1,0 | 18.407,5 |
| 12 | Allgemeine Finanzverwaltung | 23.422.000,0 | 298.316,0 | 7.617.461,4 | 31.337.777,4 | 752.782,1 |
| 14 | Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst | - | 163.904,7 | 369.567,7 | 533.472,4 | 1.521.217,6 |
| | Summe | 23.515.475,0 | 1.675.270,4 | 9.741.191,1 | 34.931.936,5 | 14.094.967,1 |

Gesamtplan**2010**

| Sächl. Verwal- tungsausgaben Schuldendienst | Zuweisungen und Zuschüsse/ohne Investitionen | Ausgaben für Investitionen | Besondere Finanzierungs- ausgaben | Gesamt- ausgaben | Überschuss (+) Zuschuss (-) | Verpflichtungs- ermächtigungen | Epl. |
|---|---|-------------------------------|---|---------------------|--------------------------------|-----------------------------------|------|
| Tsd. EUR | Tsd. EUR | Tsd. EUR | Tsd. EUR | Tsd. EUR | Tsd. EUR | Tsd. EUR | |
| 4.462,2 | 7.675,1 | 1.485,0 | - | 51.910,2 | 51.859,2 - | 225,0 | 01 |
| 8.925,4 | 10.483,9 | 573,5 | -1.107,7 | 42.865,3 | 41.039,5 - | - | 02 |
| 220.627,4 | 1.198.904,2 | 525.103,9 | 67.772,0 | 3.987.878,2 | 2.857.638,9 - | 419.150,0 | 03 |
| 37.998,7 | 931.447,6 | 139.334,1 | -5.343,7 | 8.510.181,1 | 8.479.821,9 - | 110.031,3 | 04 |
| 381.633,0 | 49.167,6 | 15.612,2 | -15.276,7 | 1.412.763,9 | 724.657,1 - | - | 05 |
| 64.899,5 | 284.762,6 | 114.397,9 | -2.618,0 | 1.311.897,3 | 869.340,1 - | 29.860,0 | 06 |
| 9.605,0 | 364.609,4 | 232.368,6 | -5.418,0 | 673.591,4 | 430.110,5 - | 212.642,0 | 07 |
| 52.794,9 | 260.523,5 | 171.359,9 | -3.681,0 | 759.543,1 | 528.713,8 - | 222.870,0 | 08 |
| 28.506,9 | 693.713,5 | 438.318,1 | 6.020,0 | 1.250.800,0 | 1.107.267,4 - | 233.590,6 | 09 |
| 57.172,1 | 47.608,6 | 142.239,0 | -3.061,0 | 334.728,6 | 185.025,0 - | 153.978,0 | 10 |
| 754,7 | 2,0 | - | - | 19.164,2 | 19.163,2 - | - | 11 |
| 2.427.599,5 | 8.260.151,6 | 1.190.858,8 | -40.496,5 | 12.590.895,5 | 18.746.881,9 + | 876.300,0 | 12 |
| 210.176,4 | 1.939.646,5 | 396.466,8 | -81.789,6 | 3.985.717,7 | 3.452.245,3 - | 87.366,0 | 14 |
| 3.505.155,7 | 14.048.696,1 | 3.368.117,8 | -85.000,2 | 34.931.936,5 | - | 2.346.012,9 | |

Anlage zum Staatshaushaltsgesetz**Gesamtplan**

noch:

1. Haushaltsübersicht für das Haushaltsjahr 2011

| Epl. | Bezeichnung | Steuern und steuerähnliche Abgaben | Verwaltungs- einnahmen | Übrige Einnahmen | Gesamt- einnahmen | Personal- ausgaben |
|------|---|--|---------------------------|---------------------|----------------------|-----------------------|
| | | Tsd. EUR | Tsd. EUR | Tsd. EUR | Tsd. EUR | Tsd. EUR |
| 01 | Landtag | - | 51,0 | - | 51,0 | 47.888,1 |
| 02 | Staatsministerium | - | 245,5 | 1.681,2 | 1.926,7 | 24.605,7 |
| 03 | Innenministerium | - | 42.354,6 | 1.071.127,3 | 1.113.481,9 | 1.994.308,0 |
| 04 | Ministerium für Kultus, Jugend und Sport | - | 2.465,3 | 26.511,8 | 28.977,1 | 7.723.167,0 |
| 05 | Justizministerium | - | 676.201,1 | 12.142,7 | 688.343,8 | 995.585,2 |
| 06 | Finanzministerium | - | 332.891,0 | 112.986,2 | 445.877,2 | 872.723,7 |
| 07 | Wirtschaftsministerium | - | 35.355,5 | 205.309,3 | 240.664,8 | 73.496,2 |
| 08 | Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum | 5.575,0 | 34.381,5 | 200.618,4 | 240.574,9 | 280.902,6 |
| 09 | Ministerium für Arbeit und Soziales | - | 4.391,3 | 148.621,1 | 153.012,4 | 85.333,3 |
| 10 | Umweltministerium | 90.000,0 | 52.975,4 | 9.280,1 | 152.255,5 | 93.001,1 |
| 11 | Rechnungshof | - | 1,0 | - | 1,0 | 18.803,1 |
| 12 | Allgemeine Finanzverwaltung | 23.852.000,0 | 295.316,0 | 7.373.067,7 | 31.520.383,7 | 749.499,0 |
| 14 | Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst | - | 164.254,7 | 387.618,6 | 551.873,3 | 1.567.256,1 |
| | Summe | 23.947.575,0 | 1.640.883,9 | 9.548.964,4 | 35.137.423,3 | 14.526.569,1 |

Gesamtplan**2011**

| Sächl. Verwal- tungsausgaben Schuldendienst | Zuweisungen und Zuschüsse/ohne Investitionen | Ausgaben für Investitionen | Besondere Finanzierungs- ausgaben | Gesamt- ausgaben | Überschuss (+) Zuschuss (-) | Verpflichtungs- ermächtigungen | Epl. |
|---|---|-------------------------------|---|---------------------|--------------------------------|-----------------------------------|------|
| Tsd. EUR | Tsd. EUR | Tsd. EUR | Tsd. EUR | Tsd. EUR | Tsd. EUR | Tsd. EUR | |
| 4.426,2 | 7.917,7 | 1.503,0 | - | 61.735,0 | 61.684,0 - | - | 01 |
| 8.865,4 | 11.254,0 | 727,5 | -1.405,8 | 44.046,8 | 42.120,1 - | 3.080,4 | 02 |
| 209.746,7 | 1.199.152,4 | 507.061,7 | 68.565,0 | 3.978.833,8 | 2.865.351,9 - | 207.790,0 | 03 |
| 35.338,1 | 966.287,6 | 137.788,2 | -5.343,7 | 8.857.237,2 | 8.828.260,1 - | 128.402,8 | 04 |
| 388.283,8 | 49.743,0 | 17.405,6 | -12.066,7 | 1.438.950,9 | 750.607,1 - | 5.070,0 | 05 |
| 95.482,5 | 201.562,6 | 27.744,9 | -2.618,0 | 1.194.895,7 | 749.018,5 - | 19.744,0 | 06 |
| 9.754,0 | 346.868,6 | 219.787,6 | -5.442,0 | 644.464,4 | 403.799,6 - | 214.052,0 | 07 |
| 54.467,9 | 263.416,0 | 164.819,8 | -3.681,0 | 759.925,3 | 519.350,4 - | 228.270,0 | 08 |
| 29.631,8 | 725.540,4 | 449.431,9 | 7.637,9 | 1.297.575,3 | 1.144.562,9 - | 228.957,2 | 09 |
| 57.162,1 | 47.085,6 | 139.529,0 | -3.061,0 | 333.716,8 | 181.461,3 - | 153.745,0 | 10 |
| 754,7 | 2,0 | - | - | 19.559,8 | 19.558,8 - | - | 11 |
| 2.604.699,5 | 8.172.771,2 | 944.839,2 | -13.560,5 | 12.458.248,4 | 19.062.135,3 + | 315.800,0 | 12 |
| 214.684,5 | 1.971.723,7 | 378.812,0 | -84.242,4 | 4.048.233,9 | 3.496.360,6 - | 47.986,0 | 14 |
| 3.713.297,2 | 13.963.324,8 | 2.989.450,4 | -55.218,2 | 35.137.423,3 | - | 1.552.897,4 | |

Gesamtplan

| | 2010 | 2011 |
|---|--------------|--------------|
| | Tsd. EUR | Tsd. EUR |
| 2. Finanzierungsübersicht für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 | | |
| Einnahmen | | |
| Gesamteinnahmen | 34.931.936,5 | 35.137.423,3 |
| ab: Nettokreditaufnahme am Kreditmarkt | 2.646.000,0 | 2.131.000,0 |
| Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken | 167.480,8 | 804.314,1 |
| Einnahmen aus Überschüssen | 73.425,0 | 144.070,5 |
| Netto-Einnahmen | 32.045.030,7 | 32.058.038,7 |
| Ausgaben | | |
| Gesamtausgaben | 34.931.936,5 | 35.137.423,3 |
| ab: Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke | 101.906,8 | 131.735,8 |
| Netto-Ausgaben | 34.830.029,7 | 35.005.687,5 |
| Finanzierungssaldo | -2.784.999,0 | -2.947.648,8 |

3. Kreditfinanzierungsplan für die Haushaltsjahre 2010 und 2011**Einnahmen aus Krediten**

| | | |
|--|-------------|-------------|
| Kredite des Bundes und des Lastenausgleichsfonds | 0,0 | 0,0 |
| Bruttokreditaufnahme am Kreditmarkt einschließlich des Betrags für Tilgungen, Kredite aus öffentlichen Sondermitteln | 8.346.000,0 | 7.631.000,0 |
| Summe | 8.346.000,0 | 7.631.000,0 |

Ausgaben zur Schuldentilgung

| | | |
|--|-------------|-------------|
| Tilgung von Krediten des Bundes und des Lastenausgleichsfonds | 45.001,0 | 45.001,0 |
| Tilgung von Kreditmarktschulden einschließlich Schulden aus öffentlichen Sondermitteln | 5.700.000,0 | 5.500.000,0 |
| Tilgung von Auslandsschulden | 0,0 | 0,0 |
| Summe | 5.745.001,0 | 5.545.001,0 |
| Netto-Kreditaufnahme im Bereich des Bundes und des Lastenausgleichsfonds | -45.001,0 | -45.001,0 |
| Netto-Kreditaufnahme am Kreditmarkt | 2.646.000,0 | 2.131.000,0 |
| Netto-Kreditaufnahme insgesamt | 2.600.999,0 | 2.085.999,0 |

Bericht

Der Finanzausschuss hat den Gesetzentwurf der Landesregierung über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2010/11 (Staatshaushaltsgesetz 2010/11 – StHG 2010/11) – Drucksache 14/5600 – in seiner 59. Sitzung am 28. Januar 2010 beraten. Die hierzu eingebrachten Änderungsanträge StHG/1 bis StHG/3 sind diesem Bericht als Anlagen beigefügt.

Der Berichterstatter berichtet, in § 2 seien die Stelleneinsparprogramme für die Jahre 2005 bis 2011 fortgeführt. Die verbleibenden Stelleneinsparungen zur Erwirtschaftung der Effizienzrendite aufgrund der Verwaltungsstrukturreform, zur Abschöpfung des Ressourcengewinns aus der Arbeitszeitverlängerung sowie aus der zusätzlichen Einsparauflage für die Ministerien würden berücksichtigt. Zur Erfüllung bestehender Stelleneinsparverpflichtungen erfolge der Abbau von insgesamt 586 Stellen im Jahr 2010 und 336,5 Stellen im Jahr 2011 bei den Verwaltungen und Einrichtungen des Landes. Zum Ausgleich von derzeit wegen nicht ausreichender Fluktuation nicht vollzogenen 65,5 Stellenstreichungen seien von den Ressorts Sachmitteleinsparungen von jährlich 41 000 € je Stelle zu erbringen. Fortgeführt werde auch die Regelung, hochwertige Stellen mit einem Faktor von bis zu maximal 2,5 auf die Einsparkontingente anzurechnen, um einen Abbau höherwertiger Stellen zu erreichen.

Der Einstellungskorridor nach § 2 Abs. 9, der vor allem mit Blick auf eine verbesserte Flexibilität bei der Erbringung der Einsparverpflichtungen der Regierungspräsidien eingerichtet worden sei, werde im Hinblick auf die zurückgehenden Einsparraten von bisher 90 Stellen auf 60 Stellen im Jahr 2010 reduziert. Im Jahr 2011 entfalle der Einstellungskorridor.

In § 3 Abs. 1 würden die haushaltsrechtlichen Besetzungsmöglichkeiten von Planstellen an die im Zuge der Dienstrechtsreform geplante Einführung der unterhältigen Teilzeit außerhalb der Elternzeit angepasst. Nach entsprechender Änderung des Landesbeamtengesetzes könne künftig eine Planstelle auch über die bisherigen Möglichkeiten hinaus mit bis zu drei zumindest zu 30 % teilzeitbeschäftigten Beamten oder Richtern besetzt werden.

Die Regelung des § 4 Abs. 3 werde beibehalten, dass sich die Kreditaufnahme um die Einnahmen vermindere, die bei der Veräußerung von Landesimmobilien durch die Landesimmobiliengesellschaft anfielen.

In § 4 Abs. 8 werde die Finanzierungsermächtigung für das Behördenbauprogramm um 52 Millionen € erhöht und auf 912 Millionen € festgesetzt.

In § 4 Abs. 9 werde die Finanzierungsermächtigung für das Bauprogramm zur Forschungsförderung und zum erhöhten Emissionsschutz landeseigener Heizwerke sowie für das Programm zur Nachfolgebelegung ehemaliger militärischer Liegenschaften um 110,9 Millionen € auf 1,831 Milliarden € erhöht.

In § 4 Abs. 11 werde das Sonderprogramm zur Verbesserung des Landesstraßennetzes im Jahr 2010 in Höhe von 27,4 Millionen € und 2011 in Höhe von 11,7 Millionen € weitergeführt.

In § 4 Abs. 13 würden die Rahmenbedingungen für Vorfinanzierungen für energetische Maßnahmen an baulichen Anlagen verbessert. Die Vertragslauf- bzw. Amortisationszeiten würden von zehn auf 15 Jahre erhöht und die Ermächtigung zur Durchführung entsprechender Maßnahmen von 5 Millionen € auf 8 Millionen € angehoben.

Um den Folgen der Wirtschaftskrise begegnen zu können, sei in § 5 Abs. 1 für das Jahr 2010 nochmals ein Bürgschaftsrahmen in Höhe von 1,2 Milliarden € vorgesehen. Dieser werde im Jahr 2011 auf 500 Millionen € abgesenkt.

Die Regelung zur Übernahme von Bürgschaften und Garantien zugunsten von landeseigenen Beteiligungen nach § 5 Abs. 2 werde um die zur Kapitalerhöhung und Risikoabschirmung der LBBW eingerichteten Gesellschaften erweitert. Der Bürgschaftsrahmen betrage hier 700 Millionen € jährlich.

Zudem werde in § 5 Abs. 2 Ziffer 3 eine gesonderte Ermächtigungsnorm zur Übernahme einer Werterhaltungsgarantie in Höhe von 476 Millionen € zugunsten der L-Bank geschaffen. Aufgrund dieser Garantie könne bei der L-Bank eine Wertberichtigung für die Beteiligung an der LBBW vermieden und die Ausschüttungsfähigkeit der L-Bank sichergestellt werden.

Durch § 11 werde der Wettmittelfonds für die Jahre 2010 und 2011 erneut auf jeweils 134 365 400 € festgesetzt. Die Sonderkürzung im Bereich der Denkmalpflege werde auf 4 Millionen € im Jahr 2010 und auf 3 Millionen € im Jahr 2011 festgesetzt.

Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, aufgrund der während der Beratungen im Finanzausschuss gefassten Beschlüsse müssten die in § 1 des Gesetzes über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 genannten Zahlen wie folgt angepasst werden:

*„– für das Haushaltsjahr 2010 auf 34 931 936 500 €,
– für das Haushaltsjahr 2011 auf 35 137 423 300 €.“*

§ 1

§ 1 wird unter Berücksichtigung dieses Hinweises mehrheitlich zugestimmt.

§ 2

§ 2 wird mehrheitlich zugestimmt.

§ 3

Der Antrag StHG/1 wird einstimmig angenommen.

§ 3 in der geänderten Fassung wird mehrheitlich zugestimmt.

§ 3 a

§ 3 a wird einstimmig zugestimmt.

§ 4

Der Antrag StHG/2 wird mehrheitlich angenommen.

§ 4 in der geänderten Fassung wird mehrheitlich zugestimmt.

§ 5

Der Antrag StHG/3 wird mehrheitlich angenommen.

§ 5 in der geänderten Fassung wird mehrheitlich zugestimmt.

§§ 6 bis 10

Den §§ 6 bis 10 wird einstimmig zugestimmt.

§ 11

§ 11 wird mehrheitlich zugestimmt.

§§ 12 und 13

Den §§ 12 und 13 wird jeweils einstimmig zugestimmt.

§§ 14 und 15

Den §§ 14 und 15 wird jeweils mehrheitlich zugestimmt.

Dem Staatshaushaltsgesetz 2010/2011 im Ganzen wird mehrheitlich zugestimmt.

02.02.2010

Klaus Herrmann

Landtag von Baden-Württemberg

StHG/1

14. Wahlperiode

Änderungsantrag

der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP/DVP

**Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-
Württemberg für die Haushaltsjahre 2010/11 (Staatshaushaltsgesetz
2010/11 – StHG 2010/11)
– Drucksache 14/5600**

hier: Einstufungen für Schulleiter und deren Stellvertreter

Der Landtag wolle beschließen,

§ 3 wird um folgenden Absatz ergänzt:

(18) Soweit Schulzusammenlegungen im Zusammenhang mit der Bildung der neuen Schulart Werkrealschule zu einer höheren besoldungsgesetzlichen Einstufung der Ämter von Schulleitern und ihrer Stellvertreter führen, gelten nach Abstimmung zwischen Kultusministerium und Finanzministerium die entsprechenden Planstellen nach Maßgabe der besoldungsrechtlichen Voraussetzungen zu dem Schuljahresbeginn als geschaffen, ab dem die schulorganisatorische Maßnahme genehmigt wird. Die hierbei freiwerdenden Planstellen für Schulleiter und ihre Stellvertreter sind in Planstellen des jeweiligen Eingangsamts der betroffenen Laufbahnen – soweit erforderlich mit Bezugsvermerk – umgewandelt. Die Änderungen sind im nächsten Staatshaushaltsplan zu veranschlagen. Die Finanzierung der hieraus entstehenden Mehrausgaben wird durch Einsparungen innerhalb der Schulkapitel des Epl. 04 nachgewiesen.

Stuttgart, 27. Januar 2010

Stefan Mappus und CDU-Fraktion
Dr. Hans-Ulrich Rülke und FDP/DVP-Fraktion

b.w.

Begründung:

Im Zuge der Qualitätsoffensive Bildung ist die Errichtung von Werkrealschulen ab dem Schuljahr 2010/11 vorgesehen. Dies wird zur Zusammenlegung bzw. Auflösung von Schulen führen. Die schulorganisatorische Genehmigung aller Schulzusammenlegungen, die gegebenenfalls zu einer höheren besoldungsgesetzlichen Einstufung der Schulleiter und deren Stellvertreter führen wird, kann jedoch erst nach Inkrafttreten des Staatshaushaltsplans 2010/11 abgeschlossen werden. Die Bestimmung regelt daher die Schaffung der erforderlichen Planstellen für die dort entstehenden höherwertigen Leitungsfunktionen für die relevanten Fälle.

Die nach der Zusammenlegung entbehrlichen Planstellen werden in solche des jeweiligen Eingangsamts der Laufbahn - soweit erforderlich mit Bezugsvermerk - umgewandelt. Zur Vermeidung von Haushaltslücken sind entsprechende Einsparungen erforderlich und nachzuweisen. Die Umsetzung dieser Maßnahmen soll in Abstimmung zwischen Kultusministerium und Finanzministerium erfolgen.

Im Übrigen werden die weiteren sich aus den Schulzusammenlegungen ergebenden haushaltswirtschaftlichen Auswirkungen einer späteren Entscheidung des Haushaltsgesetzgebers zugeführt.

Landtag von Baden-Württemberg**StHG/2**

14. Wahlperiode

Änderungsantrag

der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP / DVP

**Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-
Württemberg für die Haushaltsjahre 2010/11 (Staatshaushaltsgesetz
2010/11 – StHG 2010/11)
– Drucksache 14/5600**

Der Landtag wolle beschließen:

§ 4 wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 Nr. 1 wird die Zahl „2.556.000.000“ durch die Zahl „2.646.000.000“

und
2. in Absatz 1 Nr. 2 wird die Zahl „1.996.000.000“ durch die Zahl „2.131.000.000“
ersetzt.

Stuttgart, 27. Januar 2010

Stefan Mappus und CDU-Fraktion
Dr. Hans-Ulrich Rülke und FDP/DVP-Fraktion

Begründung:

Am 22. Dezember 2009 wurde das Wachstumsbeschleunigungsgesetz beschlossen. Die Auswirkungen auf den Doppelhaushalt 2010/11 sind entsprechend zu veranschlagen. Die Deckung der voraussichtlichen, unter Berücksichtigung des erwarteten höheren Wirtschaftswachstums sich ergebenden Mindereinnahmen erfolgt durch eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme in Höhe von 90 Mio. EUR bzw. 135 Mio. EUR. Entsprechend ist die Kreditermächtigung in § 4 Abs. 1 StHG 2010/11 anzupassen.

Landtag von Baden-Württemberg

StHG/3

14. Wahlperiode

Änderungsantrag

der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP / DVP

**Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-
Württemberg für die Haushaltsjahre 2010/11 (Staatshaushaltsgesetz
2010/11 – StHG 2010/11)
– Drucksache 14/5600**

**hier: Ermächtigung wegen Verlängerung der Bürgschaft für Kredite der Projekt-
gesellschaft Neue Messe GmbH & Co. KG**

Der Landtag wolle beschließen,

In § 5 Abs. 2 StHG 2010/11 wird der Punkt am Ende der Nr. 3 durch ein Semikolon er-
setzt und die folgende Nr. 4 angefügt:

„4. für die Aufnahme von Krediten durch die Projektgesellschaft Neue Messe GmbH &
Co. KG, soweit sie zur Verlängerung der Vorfinanzierung des Beitrags der Wirtschaft
erforderlich sind, bis zur Höhe von 7.500.000 Euro.“

Stuttgart, 27. Januar 2010

Stefan Mappus und CDU-Fraktion

Dr. Hans-Ulrich Rülke und FDP/DVP-Fraktion

b. w.

Begründung:

Die Ermächtigung ist erforderlich, da die Kreditlinie der Dresdner Bank für den fehlenden Beitrag der Wirtschaft (derzeit: 14.418.785,12 EURO) lediglich bis zum 31.10.2010 zur Verfügung steht. Die Gesellschafter der Projektgesellschaft Neue Messe GmbH & Co KG haben in dem Gesellschaftergespräch am 07.07.2009 beschlossen, das Darlehen zur Zwischenfinanzierung des noch fehlenden Beitrags der Wirtschaft bis Ende 2011 zu verlängern. Derzeit laufen Verhandlungen mit verschiedenen Kreditinstituten.

Das Darlehen bei der Dresdner Bank zur Zwischenfinanzierung des fehlenden Beitrags der Wirtschaft ist durch eine Bürgschaft des Landes und der Landeshauptstadt Stuttgart abgesichert. Da diese Bürgschaften - wie die derzeit bestehende Kreditlinie bei der Dresdner Bank - mit Ablauf des 31.10.2010 enden, ist eine Verlängerung der Bürgschaften erforderlich.